Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Totalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Tarifrabatt und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Sämtliche Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Abonnementspreise haben nur bei Vorauszahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verich. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, sofern nicht der Empfänger innerh. 5 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 296. | Freitag den 20. Dezember 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der vierten Seite.

Russische Feindseligkeiten gegen uns.

Handstreiche.

Momentaufnahmen vom Berliner A.- u. S.-Parlament.

Am Montag waren es die Arbeiter, am Dienstag die Soldaten. Die Arbeiter ließen sich noch höflichst anmelden, baten um Einlaß und ihr Sprecher ergriff erst das Wort, als der Präsident es ihm in aller Form erteilt hatte. Die Soldaten waren plötzlich im Saal, ohne zuvor auch nur angeklopft zu haben, sie besetzten die Rednertribüne, ohne lange zu fackeln, und erzwangen sich kurzerhand Gehör, ohne den Präsidenten der Reichsversammlung erst umständlich zu bemühen. Die Arbeiter kamen, um den Kongreß der ASR zu „begrüßen": die Soldaten kamen, um zu fordern, und was sie forderten, darüber sollte sofort, ohne langes Gerede, ohne Besinnung abgestimmt werden — sie hatten es sehr eilig. Sie sprachen nicht nur, sie lärmten, sie tobten, und die Galerien griffen auf das lebhafteste in den ungeheuren Tumult ein, der sich unten im Saal erhob und immer wieder erneuerte. Weiß Gott, ein erbauliches Schauspiel, selbst für hartgesottenste Gemüter und Revolutionsmänner. Fluchtartig wollte die Mehrzahl der Delegierten den Saal verlassen, doch sahen sie schließlich ein, daß damit die Sache nur noch verschlimmert worden wäre. Und so half man sich mit Vertagung.

Es liegt natürlich System in diesen Störungsversuchen. Mit List, mit allerlei Täuschungsmitteln wurden Montag die Arbeiter aus den Betrieben herausgelockt, und ihr Sprecher rühmte sich, im Namen von 250 000 Genossen das Volksparlament begrüßen zu können. Am nächsten Tage regnete es Proteste von allen Seiten. Unter falschen Vorspiegelungen, zum Teil gar unter Anwendung von Gewalt hatte man die Arbeiter auf die Straße geführt, worüber selbst in den Blättern der Sozialdemokratie die heftigsten Beschwerden zu lesen waren. Mit den Soldaten scheint es nicht viel besser bestellt gewesen zu sein. Sie gaben sich aus als die berufenen Vertreter der Berliner Garnisontruppen, und um ihre Mandate recht sinnfällig zu erweisen, hatten sie auf Stangen befestigte Plakate mit in den Saal gebracht, auf denen die einzelnen Regimenter verzeichnet waren, in deren Auftrag sie zu handeln vorgaben. Indessen auch hier regnete es sofort Proteste. Noch am gleichen Abend meldeten sich eine ganze Reihe dieser Regimenter mit der Erklärung, daß ihnen von der ganzen Veranstaltung nicht das geringste bekanntgeworden sei, daß sie keine Forderungen gestellt und niemanden mit ihrer Vertretung vor dem Rätekongreß betraut hätten. Daher also die ungemeine Dringlichkeit des Begehrens dieser Soldatendeputation: sie wollten ihre Forderungen durchsetzen, ehe der Schwindel sich herausstellte, den sie der Reichsversammlung gegenüber sich herausnahmen, daher ihr Auftrumpfen, ihre Drohungen mit Gewalt und anderen schönen Dingen — ein regelrechter Handstreich also, versucht an der Krönung des revolutionären Gebäudes von angeblichen Vorkämpfern der Revolution. Sie forderten: 1. Ein oberster Soldatenrat aus gewählten Delegierten der Mannschaften übt die oberste Kommandogewalt über alle Truppen aus. 2. Abzeichen aller Dienstgrade sind verboten. 3. Alle Offiziere sind zu entwaffnen. 4. Für die Disziplin und Verwaltung der Truppen sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Handstreich ist mißlungen, fürs erste wenigstens. Wie die Sache weiter laufen wird, daran wird man erkennen, ob wir alle unsere Hoffnungen auf Wiederkehr von Ruhe und Ordnung, von Selbstbesinnung und Arbeitsfreudigkeit endgültig begraben, ob wir ganz und gar in russisches Fahrwasser hineingeraten müssen, oder ob die Regierung nun endlich, endlich sich aufraffen und diesem greulichen Spuk ein Ende machen wird.

Vielleicht ist es für sie dazu schon zu spät. In den Dienstagreden der Volksbeauftragten waren bereits elegische Untertöne zu verspüren; man kokettierte ein wenig mit Abschiednehmen von der Wilhelmstraße, auf die Herr Ledebour offenbar nur zu warten scheint. Er und Herr Barth und Herr Liebknecht — das gäbe ein Dreimännerkollegium allein wahrer und echter Revolutionäre ganz nach dem Herzen der Joffe, Lenin und Trotzki. Mit ihnen erst hätte auch die deutsche Revolution ihren Gipfel erreicht, und ehe es wirklich so weit gekommen ist, werden wir wohl bei uns im Lande keine Ruhe bekommen. Was uns dann winkt, ist freilich nur die Ruhe des Grabes. Aber ist das deutsche Volk nicht auch müde, sterbensmüde? Würde es sonst so still bleiben bei all' dem Unglaublichen? Im Westen bedrängt von den übermütigen Siegern, die sich den Teufel an den Waffenstillstandsvertrag kehren, sondern uns an Entrechtungen aufbrummen, was ihnen nur gerade einfällt, im Osten von den Rumänen, den Ungarn, den Polen, die alle auf uns herumtrampeln, als wären wir nur noch ein Kadaver, reif zum Verscharren? [illegible] kann uns von der Regierung keine Rettung mehr kommen, wer sonst uns bringen? Die Gegenrevolution, von der die Barth und Genossen die entsetzlichsten Schreckbilder auszumalen nicht müde werden? Wer mag im Ernst an sie glauben? *Dr. Sy.*

*

Die Gefahr der Stunde.

Über die andauernden Anschläge auf die Verhandlungsfähigkeit des Kongresses äußert sich auch der **Vorwärts** in folgender bezeichnenden Weise:

Was soll man dazu sagen, wenn eine Schar Soldaten, die sich mit Recht oder Unrecht als Vertretung ihrer Kameraden vorstellt, von der Straße in den Saal dringt, Anträge stellt und verlangt, diese Anträge sollten sofort in zustimmendem Sinne erledigt werden? Es handelt sich hier gar nicht darum, ob und inwieweit diese Anträge berechtigt sind, sondern darum, daß auf diese Weise nicht verhandelt werden kann, daß der Kongreß des freien Verfügungsrechts und seiner Willensfreiheit beraubt wird. Es handelt sich darum, daß die Regie einer kleinen Gruppe am Werke ist, Deutschland nach einem vielzitierten Wort in ein Tollhaus zu verwandeln. So geht es nicht weiter!

Es muß offen ausgesprochen werden: Es besteht heute die Gefahr, daß der ganze Regierungsapparat sich auflöst, die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen abgebrochen werden, weil eine verhandlungsfähige deutsche Regierung nicht besteht und das ganz Deutschland von den Ententetruppen besetzt wird. Nur um dies zu verhindern, halten die Sozialdemokraten in der Regierung aus. Jeder noch Denkfähige wird aber gebeten, zu überlegen, was es bedeuten würde, wenn die Sozialdemokraten angesichts der Unmöglichkeit, die Geschäfte weiterzuführen, ihre Ämter niederlegen würden! Was dann über uns hereinbricht vermag keine Phantasie auszumalen.

Staatsbankerott und Währung.

(Von einem Volkswirtschaftler.)

Ängstliche Gemüter haben in der letzten Zeit in Deutschland viel vom Staatsbankerott gesprochen, und zwar im gleichen Sinne, in dem man vom Bankerott eines Kaufmannes spricht — oder davon, daß das Reich seine Zahlungen würde einstellen müssen, daß die Gehälter seiner Beamten, die Zinsen seiner Anleihen unbezahlt blieben. Nun — solange es genügend Schmieröl, Druckfarbe und Papier für die Banknoten-Druckpressen gibt, ist ein Staatsbankerott in diesem Sinne als völlig ausgeschlossen zu betrachten; gelegentliche Störungen in der Aushändigung von Noten seitens der Staatskassen und Banken sind kaum höher zu bewerten, als etwa das Ausgehen des Wechselgeldes bei einem Kaufmann.

Viel ernster als diese sogenannte Gefahr eines Staatsbankerottes ist die Gefahr eines Versagens unserer Reichswährung, das eine ungeheuerliche Verschärfung der Wirtschaftskrise mit sich bringen müßte, in die uns das Kriegsende gestürzt hat. Hundert Reichsmark galten im Frieden etwa 89 schwedische Kronen und werden zurzeit (nach der Erholung der letzten Tage) mit rund 45 Kronen, also nur mit der Hälfte bezahlt. Was das bedeutet, ist leicht zu erkennen: jede Tonne schwedischen Eisenerzes z. B. kostet uns tatsächlich doppelt so viel, wie bei gleichem Preise im Frieden und jedes nach deutscher Währung ins Ausland verkaufte Kilo Porzellan bringt uns nur halb so viel, wie es bringen sollte.

Nach den Gründen für diese bedauerliche Erscheinung braucht man nicht lange zu suchen; neben anderen, weniger bedeutsamen sind es hauptsächlich zwei: Sinken des Vertrauens auf die deutsche Wirtschaftskraft infolge der Lohnbewegungen, Unordnungen usw. in der letzten Zeit einerseits und die Wirkung der riesigen Anschwellung unseres Notenumlaufes andererseits. Von den zuerst genannten Gründen ist an dieser Stelle nicht zu sprechen — sie sind unter dem Gesichtswinkel der Politik auch bereits des öfteren erörtert worden. Was aber das rasende Arbeiten der Notenpresse anlangt, so seien zunächst einige Zahlen gegeben: in den letzten drei Monaten vor der Revolution stieg unser Notenumlauf um rund 5 Milliarden Mark, in den letzten zwei Wochen (bis 7. Dezember) um 1½ Milliarden Mark! Nach den jüngsten Ausweisen befinden sich über 19 Milliarden Mark Reichsbanknoten, fast 10 Milliarden Mark Darlehenkassenscheine im Umlauf neben diversen Milliarden Mark Notgeld (Stadtscheinen usw.).

Kein vernünftiger Mensch glaubt natürlich, daß derartige Zettelmassen für den Zahlungsverkehr wirklich nötig wären (der im Frieden in Deutschland 4 bis 6 Milliarden Mark Geldzeichen erforderte). Schon die anhaltende Not an Zahlungsmitteln verschiedenster Art, besonders kleinen und mittleren Scheinen, zeigt ja, wohin die Papierflut tatsächlich strömt — in Hamsterlager nämlich. Diese sonderbaren Schwärmer für das bedruckte Papier machen sich nur das eine nicht klar, daß sie sich selbst ebenso gefährden, wie die deutsche Währung und Wirtschaft. Denn geht die Notenausgabe im bisherigen Maße auch nur noch wenige Monate weiter fort, dann können sie mit den Zetteln, die sie sich aufgesammelt haben, ihre Wände tapezieren — aber nichts Wesentliches mehr kaufen! Hier kann nur die Selbstbesinnung helfen. Das Einsperren von Noten ist zwecklos, wenn (wie es jetzt der Fall ist), die Kaufkraft der Noten dadurch auf das schwerste geschädigt wird. Diese Mengen von Papier müssen an die Sammelstellen, die Banken und Sparkassen zurückgeleitet und dem Verkehr entzogen werden, nur auf diesem Wege läßt sich eine Gesundung unserer Währung und unserer Wirtschaft erreichen.

Beiläufig bemerkt, auch die ungeheuerlichen Lohnforderungen, die in der letzten Zeit nicht selten gestellt werden, gehören in das gleiche Kapitel. Zur Zahlung dieser hohen Löhne sind immer wieder neue Notenmassen erforderlich — diese neuen Notenmassen drücken die Kaufkraft des Geldes weiter und das Endergebnis ist: für die hohen Löhne kann der Empfänger auch nicht mehr, vielleicht sogar weniger kaufen, als früher für die niedrigeren. Die schädlichen Wirkungen liegen hier nicht ganz so auf der Hand, aber sie sind vorhanden.

Auch in Regierungskreisen gibt man sich übrigens über die Gefahren des Notendruckens keiner Täuschungen hin und es ist zu erwarten, daß früher oder später Mittel werden gefunden werden müssen, der Notenhamsterei entgegenzutreten. Das beste aber muß die **Vernunft** tun, an die ja im deutschen Volk selten vergeblich appelliert worden ist. Hoffentlich gelingt es auch diesesmal, ihr rechtzeitig zum Sieg zu verhelfen. *L. H.*

Der Rätekongreß.

(Dritte Sitzung.) *CB.* **Berlin, 18. Dezember.**

Die Verhandlungen werden heute mit einer Ermahnung des Vorsitzenden Leinert an die Delegierten und Zuhörer zu größter Ruhe und Zurückhaltung eröffnet. Ferner teilt er mit, daß er strenge Anweisungen gegeben habe, keine Personen in den Saal zu lassen, die nicht Delegierte sind. Schließlich wird eine Geschäftsordnung genehmigt, um den Kongreß arbeitsfähig zu machen. Zur Beratung stehen zunächst die gestern am Schlusse der Sitzung überreichten

Anträge der Soldaten.

Lampel-Hamburg (Soldatenfraktion) protestiert dagegen, daß die Regelung soldatischer Angelegenheiten dazu benutzt wird, um die sozialistischen Parteien gegeneinander zu hetzen. Über die Anträge selbst läßt sich reden, aber man kann die Angelegenheit nicht in Bausch und Bogen entscheiden. So sollen die Offiziere abgesetzt werden. Aber es ist ein Unterschied zwischen dem achtzehnjährigen Leutnant und dem wissenschaftlich vorgebildeten Generalstabsoffizier. Redner ist für genaue Prüfung der Anträge durch die Volksbeauftragten. Tost-Berlin (Viatrole) meint, auch die Frontsoldaten würden mit den Anträgen auf Entfernung der Offiziere usw. einverstanden sein. Nicht alle Offiziere sollen verschwinden, sondern nur die, zu denen die Mannschaften kein Vertrauen haben. (Beifall.) Laßt die Fronttruppen nur erst gründlich aufgeklärt sein über die politischen Verhältnisse in Deutschland. Die Angelegenheit sei zur sofortigen Erledigung reif. Wird sie verschleppt, so werden die Kameraden zur Selbsthilfe greifen. (Unruhe.) Das bedeutet nicht nur Anarchie, sondern Blutvergießen.

Sabm (Ostfront) erklärt, die Soldaten, die gestern in den Saal eindrangen, seien zu einer politischen Demonstration mißbraucht worden. Wenn das so weiter geht, dann werden noch Maschinengewehre gegen uns aufgefahren. (Unruhe.) Wir lassen uns aber in unseren Arbeiten nicht stören. Was die Berliner wollen, haben wir an der Front längst durchgeführt. Nur erheben wir Widerspruch gegen die Beseitigung der Obersten Heeresleitung und ihre Ersetzung durch einen Zentralsoldatenrat. (Großer Beifall.)

Die Oberste Kommandogewalt.

Die Übertragung der Obersten Kommandogewalt an die örtlichen ASR verlangt ein Antrag der Unabhängigen Fraktion. Günther-Breslau: Was die Berliner verlangt haben, ist in Schlesien längst durchgeführt. Wir handeln eben in der Provinz, in Berlin aber vergißt man über dem Reden das Handeln. Auch wir sind gegen die Beseitigung der Obersten Heeresleitung mit ihren reichen Erfahrungen, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die uns die Entente dann machen würde. So einfach liegen die Dinge nicht, daß man sie hier in einem theatralischen Aufzug entscheiden könnte. Mit demselben Recht wie gestern die Soldaten können heute die Berliner Dienstmänner hier erscheinen. (Zustimmung.)

Däumig-Berlin: Wenn wir Berliner noch nicht so weit sind wie die Provinz, so ist der Widerstand der Volksbeauftragten daran Schuld. Allerlei Gegenströmungen haben uns die Arbeit ungeheuer erschwert. Auch ich will nicht den Offizieren den Zugang zu den Soldatenräten verschließen. Aber das Vertrauen der Mannschaften genügt nicht als Voraussetzung. Die Offiziere müssen die Gewähr einer festen, zuverlässigen und republikanischen Überzeugung bieten.

Anträge der Fraktion der **Mehrheitssozialisten** wollen die Oberste Kommandogewalt dem Rat der Volksbeauftragten unter der Kontrolle des Vollzugsrats übertragen. Offiziere in wichtigen Stellen sollen im Interesse der Demobilisation im Amte bleiben, wenn sie erklären, gegen die Revolution nichts unternehmen zu wollen. Offiziere sollen wiedergewählt

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF